



Haushaltsnahe Dienstleistungen als Instrument der Familienförderung

Holger Bonin

Zum Mitnehmen

- Viele Familien in Deutschland leiden unter Zeitstress. Insbesondere Mütter in Doppelverdiener-Haushalten und Alleinerziehende tun sich schwer, den Anforderungen von Beruf, Familie und Alltag gerecht zu werden. Sie haben einen Bedarf an entlastenden haushaltsbezogenen Dienstleistungen.
- Der reguläre Markt für Haushaltshilfen ist in Deutschland unterentwickelt. Stattdessen ist eine Schattenwirtschaft entstanden.
- Die Entwicklung eines regulären Markts für haushaltsnahe Dienste könnte neue sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze für einfach Qualifizierte schaffen. Eine wichtige Vermittlungsfunktion haben hierbei Dienstleistungsagenturen, die als Arbeitgeber Tätigkeiten haushaltsübergreifend organisieren und weiterbilden.
- Gutscheinsysteme, wie sie etwa Belgien, Dänemark und Frankreich praktizieren, sind ein vielversprechendes Instrument zur Förderung regulärer Beschäftigung in Privathaushalten. Gutscheine erreichen einkommensschwache Gruppen besser als die steuerliche Förderung in Deutschland. Mit Gutscheinen lässt sich auch Qualität sichern, indem die Einlösung an Standards geknüpft wird.
- Mehr familienunterstützende Dienstleistungen gibt es nicht zum Nulltarif. Damit Haushaltshilfen nicht das Privileg von Besserverdienenden bleiben, müssten sie für die Nutzer durch staatliche Zuschüsse deutlich billiger werden. Diese Zuschüsse werden sich wahrscheinlich aber auch dann nicht refinanzieren, wenn sie sich positiv auf die reguläre Beschäftigung auswirken.

INHALT

2 | Familien brauchen unterstützende Dienstleistungen

2 | Der Markt für Haushaltshilfen ist in Deutschland unterentwickelt

3 | Bestehende Wege der öffentlichen Förderung

3 | Was hindert Familien an der Inanspruchnahme haushaltsunterstützender Dienste?

5 | Wege der öffentlichen Förderung in anderen europäischen Ländern

6 | Was kann Deutschland tun?

Steigender Bedarf
haushaltsnaher
Dienstleistungen

Familien brauchen unterstützende Dienstleistungen

Die Familienpolitik in Deutschland hat sich in den letzten Jahren zunehmend daran orientiert, dass Familien sich nicht nur finanzielle Unterstützungsleistungen und eine bedarfsgerechte öffentliche Infrastruktur wünschen, sondern auch Zeit. So stellt der 8. Familienbericht fest, dass häufiger und anhaltender Zeitdruck, insbesondere bei Doppelverdiener-Eltern und Alleinerziehenden, die Familien stark belastet. Er empfiehlt deshalb mehr politische Anstrengungen, um den Zeitbedürfnissen von Eltern und Kindern besser gerecht zu werden. Vor allem Frauen, die immer noch den größten Teil der Familien- und Erziehungsarbeit leisten, fällt es oft nicht leicht, den vielfältigen Anforderungen gerecht zu werden, die das Berufsleben, die Familie und der Alltag ihnen abverlangen. Dies belastet das Wohlergehen von Familien und kann auch dazu führen, dass vorhandene Kinderwünsche erst gar nicht realisiert werden.

Familienunterstützende Dienstleistungen können ein wichtiges Mittel sein, um Familien zeitlich zu entlasten. Darunter versteht man allgemein haushaltsbezogene Dienstleistungen, die Familien in ihrem Alltag unterstützen, und die grundsätzlich von den Nutzern unentgeltlich selbst erbracht werden könnten und dies traditionell auch wurden. Zu den familienunterstützenden Dienstleistungen zählen Betreuungs- und Pflegeaufgaben für Kinder und Angehörige, aber auch Hausarbeitstätigkeiten (Reinigung, Versorgung, Gartenarbeit) und die Ausführung einfacher Reparaturen und Instandhaltungsarbeiten. Somit bewegen sich die familienunterstützenden Dienstleistungen in einem Bereich von Tätigkeiten, die in deutlicher Konkurrenz zu Eigenarbeit, informeller Arbeitsteilung im privaten Umfeld oder auch zur Schwarzarbeit stehen. Entsprechend stellt die Erbringung dieser Dienstleistungen eher geringe Qualifikationsanforderungen und erfordert in der Regel keine gesonderte berufliche Ausbildung.

Der Markt für Haushaltshilfen ist in Deutschland unterentwickelt

Im Trend der letzten Jahre ist die Nachfrage nach haushaltsnahen und familienunterstützenden Dienstleistungen in Deutschland gestiegen. Ein Grund hierfür sind die Veränderungen in der Arbeitswelt. Immer häufiger sind beide Elternteile erwerbstätig, junge Mütter kehren früher nach der Geburt an den Arbeitsplatz zurück und die Anforderungen der Unternehmen an die Flexibilität der Mitarbeiter steigen. Die wachsende Erwerbstätigkeit erschwert es zudem, informelle oder ehrenamtliche Lösungen zu organisieren. Weitere Gründe für den steigenden Bedarf an haushaltsbezogenen Dienstleistungen sind die veränderten Erwartungen vieler Menschen an das Familienleben sowie der zunehmende materielle Wohlstand. Viele Menschen möchten ihre knapp bemessene Zeit lieber für Aktivitäten mit der Familie nutzen statt für Tätigkeiten im Haushalt, und zumindest ein Teil der Bevölkerung kann sich dies auch finanziell leisten. Schließlich steigt die Nachfrage durch die zunehmende Zahl älterer Menschen, die auf Hilfeleistungen angewiesen sind und sich dafür nicht auf Familienangehörige stützen können.

Trotz des wachsenden Bedarfs ist der Markt für familienunterstützende Dienstleistungen in Deutschland noch stark unterentwickelt. Eine aktuelle Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) geht davon aus, dass zwar 3,6 Millionen Haushalte Haushaltshilfen beschäftigen. Darunter sind nach Schätzung des IW jedoch mindestens 2,6 Millionen Fälle der Schwarzarbeit.¹ Derzeit gibt es gerade einmal 43.000 sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse in Privathaushalten. 290.000 Personen sind mit einem Minijob in Privathaushalten tätig. Für knapp drei Viertel von ihnen ist dieser Minijob die einzige Beschäftigung. Nur etwa jeder siebte Minijobber in Privathaushalten wählt die Option, den vollen Beitrag zur gesetzlichen Rentenversicherung zu zahlen.

Schaffen regulärer Arbeitsplätze

Eine verstärkte Förderung der haushaltsnahen Dienstleistungen könnte demnach nicht nur den Familien nützen. Vielmehr ist mit dieser Strategie auch das Potenzial verbunden, dieses Tätigkeitsfeld zu professionalisieren und reguläre Arbeitsplätze insbesondere für eher einfach beruflich qualifizierte zu schaffen. Wenn es Deutschland gelänge, den Anteil der legalen Beschäftigten in den Privathaushalten auf das Niveau anderer westeuropäischer Länder anzuheben, könnten mehrere 100.000 Menschen zu einer abgesicherten Beschäftigung kommen.² Daraus können Mehreinnahmen an Steuern und Sozialbeiträgen und Einsparungen bei den sozialen Transferleistungen entstehen, vor allem dann, wenn es gelingt, das Angebot an haushaltsunterstützenden Dienstleistungen über existenzsichernde Vollzeitarbeitsplätze zu organisieren.

Administrativer Aufwand

Bestehende Wege der öffentlichen Förderung

Aktuell unterstützt der Staat Privathaushalte, die haushaltsnahe Dienstleistungen in Anspruch nehmen, durch Bürokratievereinfachung und durch Steuererleichterungen. Das „Haushaltsscheck-Verfahren“ ist ein vereinfachtes Melde- und Beitragsverfahren für private Arbeitgeber, die Haushaltshilfen beschäftigen. Allerdings funktioniert dies nur für Minijobs, die nach der Einführung des Haushaltsscheck-Verfahrens erkennbar zugenommen haben. Wird eine Haushaltshilfe dagegen sozialversicherungspflichtig beschäftigt, gelten die ganz normalen Arbeitgeberpflichten. Diese sind für Privatleute schwer zu durchschauen und bringen einen erheblichen administrativen Aufwand mit sich, vor allem wenn eine Haushaltshilfe als Einzelperson für mehrere Privathaushalte gleichzeitig tätig ist.

Auch bei der steuerlichen Förderung der Arbeit in Privathaushalten ist zwischen Minijobs und sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung zu unterscheiden. Für Minijobs in Privathaushalten ermäßigt sich die Einkommensteuer auf Antrag um 20 Prozent des Aufwands bis zu einer Höchstgrenze von 510 Euro jährlich bzw. 42,50 Euro monatlich. Damit bekommt der Arbeitgeber quasi den Aufwand für die an die Minijob-Zentrale geleisteten Sozialbeiträge erstattet. Bei sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung ist die steuerliche Förderung höher. Hier können 20 Prozent der Aufwendungen bis zu einer Höchstgrenze von 4.000 Euro jährlich bzw. 333 Euro monatlich direkt von der Steuer abgezogen werden. Diese großzügigere Regelung kommt wegen der wenigen Fälle sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung durch Privathaushalte in der Praxis aber kaum zum Tragen. Naturgemäß geht die steuerliche Förderung an Familien mit Unterstützungsbedarf und niedrigem Einkommen, etwa Alleinerziehenden, weitgehend vorbei, da diese Zielgruppe meist ohnehin einkommensteuerfrei bleibt.

Was hindert Familien an der Inanspruchnahme haushaltsunterstützender Dienste?

Bisher nehmen Familien reguläre familienunterstützende Dienstleistungen kaum in Anspruch. Zudem erfolgt die Nachfrage nach familienunterstützenden Dienstleistungen sehr häufig über Aktivitäten in der Schattenwirtschaft. Um die Inanspruchnahme regulärer familienunterstützender Dienstleistungen aus familienpolitischen Überlegungen fördern zu können, muss man erst die Gründe analysieren, warum reguläre haushaltsunterstützende Dienstleistungen nicht stark nachgefragt werden. Hierfür lassen sich unterschiedliche Erklärungsfaktoren anführen.

Erstens leitet sich aus der Tatsache, dass familienbezogene Dienstleistungen dem Grunde nach auch in Eigenleistung erbracht werden können, eine besonders hohe

Preissensibilität bei der Nachfrage nach entsprechenden Leistungen ab. Die Kostenempfindlichkeit erklärt auch, warum es für die Nachfrager von haushaltsnahen Arbeitsleistungen attraktiv ist, in die Schattenwirtschaft auszuweichen. Vergleichbare Leistungen kosten am regulären Markt spürbar mehr. Dafür sorgen schon die zu finanzierenden Lohnnebenkosten oder der bürokratische Mehraufwand, wenn private Haushalte offiziell als Arbeitgeber auftreten. Hinzu kommt, dass Arbeitgeber im privaten Bereich, die haushaltsnahe Dienstleistungen wie jedes andere Konsumgut weitgehend aus dem versteuerten Einkommen bezahlen, die Aufwendungen dafür, wie oben ausgeführt, nur begrenzt steuerlich geltend machen können. Dies schwächt die Anreize, die haushaltsnahen Dienstleistungen auf offizielle Rechnung zu beziehen.

Problem:
geeignetes Personal

Zweitens wird die Inanspruchnahme haushaltsunterstützender Dienstleistungen dadurch behindert, dass es, wie Befragungen zeigen, für Privathaushalte schwierig ist, überhaupt geeignetes Personal zu finden. Der Überblick über das vorhandene Angebot ist in Folge des unterentwickelten Marktes nur schwer zu gewinnen. Somit entstehen erhebliche Suchkosten. Dienstleistungsagenturen, die Orientierung verschaffen könnten, existieren nicht flächendeckend oder sind nicht ausreichend bekannt. Online-Vermittlungsplattformen, wie beispielsweise die von der Minijob-Zentrale organisierte Haushaltsjob-Börse, funktionieren bislang nicht ausreichend. Eine Ursache hierfür ist, dass für die Nachfrager von Dienstleistungen, die durch Fremde im eigenen Haushalt ausgeführt werden, Aspekte der Zuverlässigkeit, Sicherheit und des Vertrauens eine sehr wichtige Rolle spielen. Deswegen müssen die Anbieter eine gute Reputation aufbauen. Dies aber gelingt Einzelpersonen über anonyme Vermittlungswege kaum. Die Informationsqualität von Bewertungen unbekannter Dritter ist für die Nachfrager nämlich schwer überprüfbar. Eine andere Ursache für die Schwierigkeiten von Vermittlungsdiensten ist, dass zu wenige Angebote platziert werden. Nicht wenige, die haushaltsnahe Dienstleistungen ausführen, möchten dies in der Schattenwirtschaft tun, um Steuern und Sozialabgaben zu sparen oder zu vermeiden, dass erzielte Einkommen auf Leistungen der sozialen Grundsicherung angerechnet werden. Wer so denkt, wird sein Angebot so wenig wie möglich öffentlich machen.

Problem:
Qualität der Arbeit

Drittens klagen gemäß einer Studie des BMFSFJ selbst Haushalte, die Haushaltshilfen legal beschäftigen und damit bei Mängeln eine bessere Handhabe besitzen als bei Schwarzarbeit, häufig über mangelnde Qualität der geleisteten Arbeiten. Dies hängt möglicherweise mit den besonders hohen Ansprüchen der Nachfrager gerade bei personennah angesiedelten Dienstleistungen wie der Pflege und Betreuung von Angehörigen zusammen, aber auch mit der mangelnden Professionalität vieler Anbieter. Viele haushaltsunterstützende Dienstleistungen setzen keine besondere Ausbildung voraus, und entsprechend finden sich unter den Anbietern – zumeist Frauen – viele Quereinsteiger und eher Geringqualifizierte. Infolge des hohen Anteils an geringfügiger Beschäftigung gibt es zudem wenig Raum für Qualitätsverbesserungen durch Spezialisierung oder Fortbildung.

Imageproblem

Schließlich hat die Inanspruchnahme familienunterstützender Dienstleistungen in Deutschland heute ein Imageproblem. Anders als in anderen Ländern, wo beispielsweise eine „Nanny“ als Betreuerin von Kindern hohe gesellschaftliche Akzeptanz besitzt, wird die Eigenerledigung von Betreuungs- und Haushaltsarbeiten in vielen Familien als der wünschenswerte Normalfall angesehen. Dagegen wird die Möglichkeit, jemanden für sich arbeiten zu lassen, als unangenehm empfunden. Der Einsatz von Personal im Haushalt wird zudem immer noch von vielen Menschen in Deutschland als Luxus einer besonders reichen Oberschicht gesehen. Wie etwa das Schlagwort vom „Dienstmädchenprivileg“ zeigt, ist dies durchaus mit negativen

Empfindungen verbunden. Dass sich heute viele Menschen Sorgen um eine Zunahme der sozialen Ungleichheit in Deutschland machen, könnte politisch ein Hemmschuh für eine bessere Förderung haushaltsunterstützender Dienstleistungen sein.

Wege der öffentlichen Förderung in anderen europäischen Ländern

Der europäische Vergleich zeigt, dass sowohl Angebot als auch Nachfrage nach familienunterstützenden Leistungen sehr sensibel auf die institutionellen Rahmenbedingungen reagieren.³ Wichtig für den Erfolg sind einfache und unbefristete Regelungen und Programme. Lokale und temporäre Modellprojekte, wie es sie auch in Deutschland gibt, sind dagegen wenig geeignet, um für die Familien ausreichend verlässliche und nachhaltige Strukturen aufzubauen.

Beachtenswerte Fördermodelle finden sich in Dänemark, Frankreich und Belgien. Diese zeichnen sich dadurch aus, dass die Förderung der Nutzung haushaltsnaher Dienstleistung über Gutscheine erfolgt. Zudem ist die Förderung an die Einschaltung externer professioneller Dienstleister geknüpft. Dies fördert Gründungen in diesem Geschäftsfeld, erzeugt professionellere Angebote und verbessert die Möglichkeiten, die Arbeit in mehreren Privathaushalten zu vollwertigen Stellen zu bündeln.

- In Dänemark wurde 1995 das „HomeService“-Programm geschaffen. Damit wurden die Löhne in Unternehmen, die haushaltsnahe Dienstleistungen anbieten, zunächst mit 50 Prozent sehr großzügig bezuschusst. Später wurden aus Kostengründen der Lohnkostenzuschuss und der Nutzerkreis reduziert, was einen markanten Rückgang der Zahl der anbietenden Unternehmen und der Nutzer nach sich zog.
- In Frankreich werden mit dem Ziel, Familien zu unterstützen, haushaltsnahe Dienstleistungen mit dem Dienstleistungsscheck CESU (Cheque Emploi Service Universel) gefördert, mit dem Familien ihre Haushaltshilfe entlohnen. Das Ziel ist eine Stärkung der Nachfrageseite durch soziale und steuerliche Erleichterungen, welche die Kosten für die haushaltsnahen Dienstleistungen unter den Aufwand bei Schwarzarbeit senken. Beim CESU ist zwischen dem Bank-Dienstleistungsscheck und dem vorfinanzierten Dienstleistungsscheck zu unterscheiden. Der Bank-Dienstleistungsscheck wird von den Banken ausgestellt, die eine entsprechende Vereinbarung mit dem Staat eingegangen sind. Die Formulare werden wie ein Bankscheck zur Bezahlung benutzt und dienen automatisch zur Meldung an die Sozialversicherung. Der vorfinanzierte Dienstleistungsscheck wird über eine bestimmte Summe auf den Namen des Begünstigten ausgestellt. Die Beiträge für die Sozialversicherung werden ebenfalls über den Scheck abgewickelt. Unternehmen können ihren Beschäftigten im Rahmen ihrer Personalpolitik den vorfinanzierten Dienstleistungsscheck ganz oder teilweise finanzieren. Die Hilfen des Arbeitgebers zur Finanzierung von haushaltsnahen Dienstleistungen sind bis zu 1.830 Euro jährlich pro Bezieher steuer- und sozialabgabefrei. Unternehmen erhalten für gezahlte Hilfen ein Steuerguthaben von 25 % auf die Gewinn- und Ertragssteuer in Höhe von maximal 500.000 Euro pro Geschäftsjahr. Der von den Beschäftigten mitfinanzierte Teil des vorfinanzierten Dienstleistungsschecks ist hälftig bei der Einkommensteuer absetzbar. Um die Qualitätssicherung der per Dienstleistungsscheck bezahlten Leistungen zu sichern, ist eine Zulassung erforderlich, die anhand eines Leistungsverzeichnisses durch eine dafür geschaffene Agentur für haushaltsnahe Dienstleistungen erteilt wird.
- In Belgien wurde ein Dienstleistungsscheck-Verfahren mit dem arbeitsmarktpolitischen Ziel etabliert, die Integrationschancen Geringqualifizierter und Langzeitarbeitsloser zu verbessern. Privathaushalte können von einer privaten Firma (Accor

Services) Schecks zu einem fixierten Stunden(lohn)preis erwerben und diese anschließend bei registrierten Dienstleistungsagenturen eigener Wahl für haushaltsunterstützende Arbeiten einlösen. Die Förderung erfolgt hierbei über eine öffentliche Bezuschussung je Arbeitsstunde, die den Verkaufspreis der Dienstleistungsschecks deutlich verringert. Über eine Einkommensteuerermäßigung für die Nutzer kann sich der Preis, den die Haushalte letztlich für die Dienstleistung bezahlen, nochmals um bis zu 30 Prozent verringern.

Was kann Deutschland tun?

Zufriedene Familien brauchen mehr als Geld und Infrastruktur. Um die bei vielen Familien in Deutschland vorhandenen Wünsche nach weniger Zeitstress und mehr Qualitätszeit mit- und füreinander zu erfüllen, ist ein verlässliches und bezahlbares Angebot an haushaltsnahen Dienstleistungen wichtig. Darum lohnt es sich darüber nachzudenken, wie der Markt für familienunterstützende Hilfen besser entwickelt werden kann. Dies würde nicht nur familienpolitischen Zielen dienen. Zugleich könnten ein passendes Betätigungsfeld für beruflich nicht so gut Qualifizierte erschlossen und die Schäden durch die in diesem Bereich derzeit stark ausgeprägte Schattenwirtschaft eingedämmt werden. Eine Strategie zur systematischen Entwicklung familienunterstützender Dienstleistungen sollte eine Reihe von Leitgedanken beachten:

- Mehr private Nachfrage nach familienunterstützenden Leistungen ist für die öffentliche Hand nicht zum Nulltarif zu haben. Viele Familien können den regulären Marktpreis für haushaltsnahe Dienstleistungen nicht bezahlen. Damit sich nicht nur Besserverdienende die Beschäftigung von Haushaltshilfen leisten können, müssten die Preise mittels einer öffentlichen Förderung gesenkt werden.⁴ Perspektivisch wird sich ein Teil der damit verbundenen zusätzlichen öffentlichen Ausgaben über Steuer- und Beitragsmehreinnahmen refinanzieren, wenn mehr reguläre Beschäftigung im Bereich der haushaltsnahen Dienstleistungen entsteht. Allerdings ist nach allgemeiner Erfahrung nicht davon auszugehen, dass sich eine entsprechende Subvention am Ende vollständig von selbst trägt.
- Durch Umstellung von einer steuerlichen Förderung zu Gutscheinelösungen lassen sich die Familien zielgenauer erreichen. Prinzipiell kann die öffentliche Förderung familienunterstützender Dienstleistungen als Anbieter- oder als Nachfragerförderung ausgestaltet werden. Die Variante, die Nachfrager zu fördern, erscheint allerdings attraktiver, denn die Leistung wird damit für die Zielgruppe klarer erkennbar. Das derzeit in Deutschland praktizierte Modell zur finanziellen Förderung der Nachfrager über Steuerabzugsbeträge hat den Nachteil, dass der Wert der möglichen finanziellen Unterstützung durch den Staat für viele Menschen intransparent bleibt. Gravierender ist jedoch, dass die steuerliche Förderung an Familien mit niedrigem Einkommen vorbeiläuft, die ohnehin keine oder nur wenig Einkommensteuer zahlen.⁵ Eine Bezuschussung von Gutscheinen, mit denen haushaltsnahe Dienstleistungen zu einem ermäßigten Preis eingekauft werden können, ist eine Alternative, um den Zugang zu haushaltsunterstützenden Dienstleistungen für Familien einkommensunabhängig zu verbessern. Durch Deckelung des Werts der Gutscheine (bzw. der geförderten Arbeitsstunden und Stundenlöhne) lässt sich vermeiden, dass finanziell Bessergestellte, die aufwändigere Leistungen in Anspruch nehmen, von der Förderung stärker profitieren.
- Das System der öffentlichen Förderung sollte so gestaltet sein, dass die Beschäftigung in Privathaushalten möglichst über Dienstleister gebündelt wird. Die derzeit in Deutschland praktizierten Förderinstrumente bevorzugen die direkte Beschäfti-

gung im privaten Haushalt über Minijobs. Dies steht den Zielen Existenz sichernder Beschäftigung, guter Arbeitsbedingungen und hoher Qualität bei haushaltsunterstützenden Dienstleistungen entgegen. Diese Ziele lassen sich viel besser voranbringen, wenn diese Dienstleistungen durch private oder auch gemeinnützige Dienstleistungsagenturen erbracht werden, die als Arbeitgeber Tätigkeiten haushaltsübergreifend organisieren. Mit Gutscheinmodellen lässt sich der Wettbewerb auf diesem Markt gut entwickeln. Dazu muss die Bedingung geschaffen werden, dass die Gutscheine ausschließlich bei Dienstleistungsagenturen einlösbar sind, die zur Sicherung der Einhaltung von Standards zudem zertifiziert werden sollten. Zugleich muss die Förderung der Erbringung familienunterstützender Leistungen durch Minijobber oder Soloselbstständige zurückgefahren werden, weil sonst kostenbedingte Anreize zur Zerstückelung der Beschäftigung fortbestehen.

- Unternehmen als Arbeitgeber können eine wichtige Rolle bei der Förderung haushaltsnaher Dienstleistungen spielen. Wie das französische Beispiel zeigt, muss eine Gutscheinlösung nicht ausschließlich vom Staat finanziert werden. Unternehmen, die sich als familienfreundlich zeigen und Arbeitskräfte binden möchten, haben ein Interesse daran, die Inanspruchnahme familienunterstützender Leistungen durch ihre Beschäftigten zu unterstützen, wenn damit die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert wird. Darum können Modelle, in denen Arbeitgeber Dienstleistungsgutscheine als Lohnzusatzleistung mitfinanzieren und dafür steuerlich begünstigt werden, zu einer „Triple Win“-Situation führen: Beschäftigte Eltern profitieren von der Entlastung durch die kostengünstigen haushaltsnahen Dienstleistungen, Arbeitgeber von der besseren Verfügbarkeit ihrer Mitarbeiter und der Staat durch die geringeren Ausgaben zur Förderung familienunterstützender Dienstleistungen.

1| *IW-Kurzberichte 45.2016, Köln.*

2| *Die 13. Ausgabe des Monitors Familienforschung des BMFSFJ aus dem Jahr 2008 beziffert das Potential auf etwa 300.000 Arbeitsplätze, vorausgesetzt, Deutschland erreicht bei der Beschäftigtenquote in Privathaushalten den Durchschnitt der 15 alten EU-Staaten. Dieser Wert basiert allerdings auf Daten für das Jahr 2005. Eine Aktualisierung dieser Zahl ließe sich vermutlich mit geringem Aufwand vornehmen.*

3| *Vgl. ausführlich Eichhorst, W. und V. Tobsch (2008), Familienunterstützende Leistungen – Internationale Benchmarking-Studie, IZA Research Report Nr. 17, Bonn.*

4| *Die Alternative wäre, an Rahmenbedingungen des Arbeitsmarkts zu arbeiten, welche die Lohnkosten nach oben treiben, also etwa den Mindestlohn oder die Lohnnebenkosten zu senken. Diese Grundparameter sind aber ganz schwer veränderbar.*

5| *Der Bundesrechnungshof kritisiert zudem seit längerem Kontrolldefizite und dass die Steuerermäßigung den eigentlichen Zweck nicht erfülle, nämlich Schwarzarbeit in Privathaushalten zu bekämpfen, da überwiegend Ausgaben für ohnehin legal Beschäftigte zum Ansatz gebracht werden. Der überwiegende Teil der Steuerermäßigungen wird für Handwerkerleistungen gewährt und nicht für haushaltsnahe Dienstleistungen. Zudem sind im bestehenden Erstattungssystem keine spezifischen Legalisierungsanreize angelegt.*

Der Autor

Prof. Dr. Holger Bonin
Chefkoordinator arbeitsmarktpolitische Forschung
Institut zur Zukunft der Arbeit (IZA)

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Ansprechpartnerin:

Christine Henry-Huthmacher

Koordinatorin für Bildungs-, Familien- und Frauenpolitik

Hauptabteilung Politik und Beratung

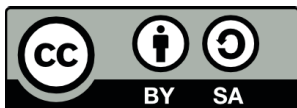
Telefon: +49(0)2241/246-2293

E-Mail: christine.henry-huthmacher@kas.de

Postanschrift: Konrad-Adenauer-Stiftung, 53754 Sankt Augustin

ISBN 978-3-95721-261-0

www.kas.de



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 3.0 Deutschland“, CC BY-SA 3.0 DE (abrufbar unter: <http://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/>)

Bildvermerk Titelseite
© valio84sl /
123RF Lizenzfreie Bilder